

Offener Brief des IS

AN DIE LEITUNG UND ALLE MITGLIEDER DER IKÖ !

Werte Genossen! Die IS-Vollsitzung vom 10. Jänner hat die Lage der österreichischen Sektion eingehend besprochen. Sie hat sich dabei auf alle vorhandenen, in unserem Brief vom 20. Dezember aufgezählten Dokumente gestützt (+).

Das IS hat die Ausschlüsse, die die Leitung durchgeführt hat, einstimmig und schärfstens gerügt. Es rügt diese Ausschlüsse umso mehr, als sie gegen den ausdrücklichen Wunsch und Rat des IS stattfanden und dadurch als eine Nichtbeachtung der internationalen Führung angesehen werden können. Ohne seine Meinung zur Gesamtentwicklung der österreichischen Sektion vorwegnehmen zu wollen, stellt das IS fest, daß diese Ausschlüsse, vor allem in ihrem Ausmaß und unter den Bedingungen, unter welchen sie stattgefunden haben (Auflösung der Kontrollkommission usw.), nicht zu rechtfertigen sind und einen Bruch mit allen Traditionen und mit dem Wortlaut der Statuten unserer Bewegung darstellen. Darüber hinaus drohen diese Ausschlüsse den Bruch der österreichischen Sektion auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Sie bedeuten deshalb einen Schlag gegen die Interessen unserer Bewegung in Österreich und in ganz Europa.

Das IS ist entschlossen, die österreichische Frage dem nächsten IEK zu unterbreiten. Vertreter der Leitung und der ausgeschlossenen Genossen (bzw. Opposition der IKÖ) sollen auf jeden Fall an dieser Sitzung teilnehmen. Sie sollen sofort Schritte unternehmen, damit diese Teilnahme praktisch möglich wird. Die Besprechung wird am IEK auf der Basis von Dokumenten stattfinden, die der Internationale von der Leitung, der Opposition und dem IS unterbreitet werden. Die Entscheidungen des IEK werden für alle Mitglieder der Internationale bindend sein, wie dies in den Statuten der Internationale und in ihrer vergangenen Praxis immer der Fall war.

Das IS bestätigt den Entschluß seines Büros, die Leitung und Opposition aufzufordern, ihm so schnell wie möglich ein Dokument zur Veröffentlichung im internen Diskussionsbulletin zuzuschicken. Dieses Dokument soll nicht länger als 15 bis 20 Seiten sein und eine Gesamtübersicht über die wichtigsten Streitfragen in der österreichischen Sektion geben. Es ist außerdem klar, daß alle anderen dem IS zugesandten Dokumente allen Mitgliedern des IEK vorgelegt werden. Das IS kann aber nicht die Verpflichtung auf sich nehmen, mehr als ein Dokument beiderseits vor dem IEK zu veröffentlichen.

(+) In dem angeführten Brief wurden unsere Briefe Nr. 1 (24. Nov.) und Nr. 2 (Mitte Dez.), unsere Mitteilungsblätter Nr. 1 und 2 und die Verteidigungsschrift des Gen. Louis bestätigt. Ob das IS am selben Tage (20. Dez.) auch an die Leitung der IKÖ einen Brief geschrieben hat, in welchem Material bestätigt wird, ist uns nicht bekannt.

Das IS ist darüber erstaunt, daß sein Brief an alle Mitglieder der IKÖ vom 1.10.49, worin die Haltung der internationalen Leitung dem Konflikt in der IKÖ gegenüber ausführlich dargelegt wird, scheinbar nicht allen Mitgliedern zugänglich gemacht wurde. Es fordert die Leitung auf, diesen Brief vom 1.10.49 sowie den heutigen Brief allen Mitgliedern zu unterbreiten.

Paris, 12. Jänner 1950

Mit brüderlichen Grüßen das  
Internationale Sekretariat

## U N S E R E N Ä C H S T E N A U F G A B E N

=====

Vorbemerkung: Diesen Resolutions-Entwurf unterbreitet die provisorische Leitung der Opposition der in Kürze stattfindenden konstituierenden Konferenz der IKÖ-Opposition. Der Termin der letzten wird mündlich bekanntgegeben. Mit diesem Antrag an die Konferenz wird die allgemeine Diskussion über diese Frage abgeschlossen. Alle Angehörigen der IKÖ - besonders jene Genossen, die sich formell noch im Rahmen der sektiererischen Fraktion befinden - werden aufgefordert, diesen Entwurf aufmerksam zu studieren, zu diskutieren und die wesentlichen Punkte ihrer eventuellen Kritik in konkreten Abänderungs- oder Ergänzungsanträgen zu formulieren. Solche Anträge können, falls sie rechtzeitig einlangen, im Rahmen dieser MB veröffentlicht werden; die verspätet einlangenden kommen erst auf der Konferenz selbst zur Sprache.

Die prov. L. der Opp.

+

1. Das strategische Ziel der IKÖ ist die Schaffung der revolutionären Arbeiterpartei, die allein fähig ist, dem Proletariat den Weg zu weisen. Um dieses strategische Ziel zu erreichen, müssen wir uns bestimmter taktischer Mittel bedienen, deren Charakter grundlegend von den gegebenen historisch-politischen Bedingungen abhängt. Der beste Ansatzpunkt und die wirksamsten taktischen Mittel und Methoden können nur auf Grund einer konkreten Analyse der gesamten Lage gefunden werden.

### 1. Die wirtschaftliche und politische Lage

2. Die Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich seit Beginn 1949, dem Zeitpunkt unserer letzten Konferenz, hat durchaus die Voraussicht bestätigt, die in den von der Konferenz angenommenen Thesen zur politischen Lage gegeben wurde: "Die Bourgeoisie wird in der kommenden Etappe ihre Raubattacken gegen die Massen unvermeidlich neuerlich vortreiben, wird versuchen, ihre latente Krise immer wieder auf Kosten der Massen zu lösen. Sie wird ihre machtpolitischen Positionen ausbauen, neue Vorstöße zur Unterhöhlung der demokratischen Rechte usw. unternehmen. Dies wird unweigerlich eine weitere Zuspitzung der Klassengegensätze mit sich bringen und voraussichtlich die Bahn zu offenen Klassenkämpfen eröffnen, zu Klassenkämpfen, die es den Massen ermöglichen werden, alle bestehenden und noch entstehenden oppositionellen Tendenzen, Strömungen und Gruppierungen in der SP, der die Massen noch immer ihr Vertrauen zuwenden, an Hand der Erfahrung zu überprüfen" (These 98).

3. Noch vor den Parlamentswahlen (Oktober 1949) begann die Bourgeoisie, auf dem Wege fortlaufender Preissteigerungen ihre Rauboffensive gegen die Massen erneut vorzutreiben. Das erstemal seit 1945

stieß sie jedoch auf eine breitere und tiefere Gegenbewegung der Arbeiterschaft, die sich in einer Reihe von Streikbewegungen zeigte. Selbst die reformistische Gewerkschaftsführung sah sich gezwungen, dieser Gegenbewegung der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen und sich an die Spitze einzelner Streiks zu stellen. Schließlich mußte sie die Forderung nach einer "Überbrückungshilfe" aufgreifen.

4. Die den Kapitalisten abgerungene "Überbrückungshilfe", die durchschnittlich die Höhe eines Wochenbezuges erreichte, führte zu einem Abstoppen des Massendrucks. Doch nur vorübergehend. Eine ganze Reihe von Anzeichen bleiben bestehen, welche die sich vertiefende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft signalisieren. Die Bourgeoisie ihrerseits ist entschlossen, ihre Rauboffensive gegen die Massen weiterzutreiben und deren Lebenshaltung noch tiefer hinabzudrücken. Dies bezeugt die zu Jahresbeginn 1950 vom Landwirtschaftsminister angekündigte neuerliche Erhöhung der Agrarpreise. Weiters will die Bourgeoisie Lohnerhöhungen entweder verhindern oder hinauszögern, um so den Reallohn der Massen möglichst tief zu halten. Die sich verschärfende Arbeitslosigkeit dient ihr dabei als Druckmittel für die im Betrieb stehenden Arbeiter. Die bevorstehende Rationalisierungswelle soll den Reallohn der Massen noch weiter hinabdrücken, gleichzeitig die Arbeitslosigkeit erhöhen. Die Aushöhlung und schließliche Zerstörung des Mieterschutzes stellt ein weiteres Ziel der kapitalistischen Offensive dar. Machtpolitisch strebt die Bourgeoisie die Vorbereitung und Aufrichtung des Heeres und die Verstärkung der Exekutive an. Die bevorstehende Kürzung der Marshall-"Hilfe" wird die Bourgeoisie zu einer neuerlichen Verstärkung ihres ökonomischen und politischen Druckes auf die Massen benützen.

5. Das Ergebnis der Oktoberwahlen bedeutet für die Bourgeoisie eine Stärkung ihrer Stellung durch den Erfolg des neofaschistischen VdU, dem es gelang, fast eine halbe Million Stimmen zu erreichen. Wurde so zwar die jetzige Hauptpartei der Bourgeoisie, die ÖVP, hinsichtlich ihrer parlamentarischen Position geschwächt, so wurde dennoch die Bourgeoisie als Ganzes durch den Erfolg des VdU gestärkt, denn dieser konnte einen beträchtlichen Teil des reaktionären Kleinbürgertums und selbst verzweifelte Arbeiterelemente an sich ziehen. Wenn die Bourgeoisie dennoch an der bisherigen Koalition mit der SP festhält, dann vor allem deshalb, weil sie deren Hilfe bei der Lähmung und Zügelung der Massen noch nicht entbehren kann. Dazu kommen noch außenpolitische Motive. Zweifellos ist die Bourgeoisie bestrebt, auch noch in der nächsten schwierigen Etappe an der Koalitionspolitik mit der SP festzuhalten, wobei sie sich nicht zuletzt davon ein Verbrauchen der SP vor den Massen und damit deren Zersetzung verspricht.

6. Die SP-Bürokratie ihrerseits ist ebenso bereit, um den Preis des Einräumens von bürokratischen Positionen der Bourgeoisie auch weiterhin bei ihrer ökonomischen und politischen Stabilisierung - die natürlich nur relativen Charakter hat - zu helfen. Diese Politik zu verfolgen werden die Spitzen der SP auch beim eventuellen Übergang der Bourgeoisie zu einem Regime, wie es derzeit etwa in Griechenland herrscht, bereit sein. Ebenso ist die Koalitionsbereitschaft der SP-Spitzen selbst im Kriegsfall gegeben. Diese den Lebensinteressen der breiten Massen direkt zuwiderlaufende Politik der SP-Führung läßt jedoch unvermeidlich den Widerstand der besten Teile ihrer Arbeiterbasis anwachsen. Der in den nächsten Monaten zu erwartende verstärkte Widerstand der Massen widerspiegelt sich heute schon in der überaus vorsichtigen und "links" getarnten Haltung eines Teiles der SP- und Gewerkschafts-Bürokratie.

7. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft wird kaum - oder nur in verschwindendem Maße - der Stalinpartei zugutekommen, trotz deren Bemühens, an die unmittelbaren Interessen der Massen, besonders in der Lohnfrage, anzuknüpfen. Darauf wies schon das Wahlergebnis hin, wo die KP trotz des offenen Übergangs der Scharf-Gruppe stagnierte. Dasselbe bewiesen auch die Wahlen zur Arbeiterkammer sowie die Betriebsratswahlen. Die Ursachen dieser Tatsache liegen klar auf der Hand: Die Stalinpartei ist durch die stalinische Besatzungspolitik völlig kompromittiert; ihre politische Linie stellt den Arbeitern die SP als Hauptfeind hin, woraus sich eine systematische Sabotage der Leninschen Einheitsfronttaktik ergibt; schließlich untergräbt die wachsende innere Krise des Stalinismus den ohnehin geringen Einfluß der KP. Ihr Auftreten für die Tagesinteressen der Massen wird von diesen immer klarer als bloßer Vorspann für die "volksdemokratischen" Ziele der Stalinbürokratie durchschaut. Nicht zuletzt verdankt so die SP-Spitze dem stalinischen Verrat die Behauptung ihrer Position in der Arbeiterklasse.

8. Ist die Bourgeoisie gezwungen, für die nächste Etappe des Klassenkampfes an der Koalition mit der SP festzuhalten, so bedeutet das, daß sie heute ihre Pläne bezüglich der offenen Diktatur nur zurückstellt, aber nicht aufgibt. Sie wird zu dieser erst greifen, sobald ihr die wachsende Krise keinen anderen Ausweg mehr läßt. Der VdU wird ihr dann, nach möglichen Wandlungen seinerseits, die seinen neofaschistischen Charakter noch klarer werden lassen, als Sturmbock gegen das Proletariat dienen. Die "Junge Front" der ÖVP weist heute schon in die gleiche Richtung.

9. Seit 1945 ist es der Bourgeoisie gelungen, dank der Hilfe von SP und Stalinpartei, ihre Klassenherrschaft wieder völlig zu errichten, die Massen immer wieder zurückzudrängen und zur Ader zu lassen. Das Kräfteverhältnis hat sich so zugunsten der Bourgeoisie verschoben. Dennoch bleibt die Klassenkampfsituation grundlegend davon bestimmt, daß es der Bourgeoisie noch nicht gelungen ist, der Arbeiterklasse eine offene Niederlage beizubringen. Im Gegenteil zeigt die sich mit den Gegenbewegungen der Arbeiterschaft gegen die jüngsten Attacken der Bourgeoisie ankündigende neue Etappe des Klassenkampfes, daß sich am anderen Pol eine Aktivierung der besten Teile des Proletariats anbahnt. Dies bezeugt die im Grunde immer noch ungebrochene Kraft des Proletariats. Sie wird nur durch den Verrat der SP- und Stalinbürokratie gehindert, voll als Klassenkraft zu wirken.

10. Die vorliegende politische Situation und ihre Perspektiven bestätigen also die Schlußfolgerung unserer Resolution vom Feber 1949: "Für die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes und für den Aufbau seiner Klassenpartei bestehen für das österreichische Proletariat, trotz aller Stärkung der Bourgeoisie seit 1945, noch alle Chancen".

## II. Die Lage in der Arbeiterbewegung

11. Das österreichische Proletariat ist in hohem Grade organisiert. Dem hohen Prozentsatz an gewerkschaftlicher Organisiertheit entspricht auch eine politische. Den überragenden Einfluß im Proletariat behauptet nach wie vor die SP. Dies zeigten deutlich die Arbeiterkammer- und die Betriebsratswahlen. Erst in weitem Abstand folgt die Stalinpartei. Das bedeutet, daß die Bourgeoisie zuerst den Masseneinfluß der SP zersetzen müßte, um das Proletariat niederzuschlagen; die SP-Führung arbeitet ihr dabei faktisch in die



Hände. Das bedeutet andererseits auch, daß sich der Hauptwiderstand der Arbeiterklasse Österreichs gegen eine "volksdemokratische" Aktion der Kremlbürokratie in der Arbeiterbasis der SP zeigen würde. In beiden historischen Möglichkeiten würde die Arbeiterbasis der SP trotz der verheerenden Politik ihrer Spitze auf der proletarischen Seite die Hauptrolle spielen. Diese beiden Möglichkeiten sind hier nur hypothetisch herangezogen, um die Bedeutung der SP als Partei klarzumachen. Damit ist durchaus nicht gesagt, daß sie sich verwirklichen werden; gerade die Durchdringung der Arbeiterbewegung mit dem revolutionären Programm, bzw. die rechtzeitige Schaffung der revolutionären Arbeiterpartei wird diese beiden äußersten Varianten verhindern können.

12. Die Parlamentswahlen vom Oktober 1949 zeigten eine hohe Wahlbeteiligung. Sie zeigten weiters, daß SP und Stalinpartei den Hauptteil der proletarischen Wähler auf sich vereinigen konnten, erstere wohl das sechs- bis siebenfache als letztere. Die Zahl der proletarischen Stimmen überwiegt dabei die Zahl der politisch organisierten Arbeiter wohl um mehr als das Doppelte. Dies beweist, daß selbst die politisch nicht organisierten Arbeiter in der Hauptsache der SP folgen, d.h. durch diese ihren Einfluß geltend machen wollen. Neben den demokratischen Illusionen im allgemeinen spielt dabei sicherlich auch die Illusion der "großen Zahl" eine ausschlaggebende Rolle: die politisch nicht organisierten Arbeiter glauben ihre Interessen am besten geltend zu machen durch eine große Organisation, durch die "Macht der Zahl". Diese große Organisation erblicken sie trotz allen Mißtrauens nach wie vor in der SP. Damit erweist sich, daß diese außerhalb ihres organisierten Anhangs über eine beträchtliche Reserve verfügt, was nichts anderes heißt, als daß die revolutionäre Propaganda auch im Bereich der politisch nicht organisierten Arbeiter auf den Haupteinfluß der SP stößt.

13. Diese Umstände beweisen, daß die von einer kleinen isolierten Organisation, welche organisatorisch von der SP wie von der KP unabhängig ist, betriebene Propaganda von nur geringer Wirkung sein könnte, selbst wenn sie frei von sektiererischen Zügen wäre. Diese Erkenntnis wird ferner durch alle Erfahrungen, die wir seit 1945 machten, bestätigt. Sie verweist uns - zusammen mit der völligen Isoliertheit unserer Organisation von der lebendigen Arbeiterbewegung - auf die unbedingte Notwendigkeit, jene Organisationen aufzusuchen, in deren Reihen die Hauptmasse des Proletariats steht, bzw. in welcher die Herausbildung einer revolutionären Opposition am sichersten gelingen kann. In der SP ist eine planmäßige Fraktionsarbeit am aussichtsreichsten. Abgesehen davon, daß in der KP das innere Leben vollständig erstickt ist, erwächst hier noch die unmittelbare Gefahr, daß die revolutionären Elemente durch die Aktion der GPU lahmgelegt werden, bevor sie noch wirklich erfolgreich arbeiten konnten. In Österreich kommt noch hinzu, daß die russische Besetzung erst recht die Entfaltung einer wirksamen oppositionellen Tätigkeit in der Stalinpartei unmöglich macht. Der kleinen VFS (Scharf-Gruppe) fehlt jede politische Perspektive; ihr inneres Regime ist außerdem durch einen lähmenden Bürokratismus charakterisiert. Es ergibt sich daher, daß sich unsere Organisation bei dieser Lage auf die Herausbildung einer ernstesten linken Opposition in der SP konzentrieren muß.

14. Für diese Arbeit findet sich heute in der SP eine günstige Lage vor. Die Erfahrung mit der Scharf-Tendenz liegt nunmehr hinter den Arbeitern. Sie zu erledigen, fiel der SP-Bürokratie relativ leicht, weil sie Scharf als Agenten der Kremlbürokratie bezeichnen und damit bei den Arbeitern abtun konnte. Anders aber verhält

es sich mit den verbliebenen oppositionellen Strömungen oder Ansätzen dazu. Die entwickeltste ist hier die SJ-Opposition, die auch auf dem letzten Parteitag hervorgetreten ist. Obwohl sie bei den Abstimmungen eine verschwindende Minderheit blieb, fand sie in der Debatte doch die indirekte Unterstützung einer ganzen Reihe von Arbeiterdelegierten. Die seitherige Entwicklung in der SJ und die verschärfte Haltung der Parteiführung ihr gegenüber berechtigen zu der Annahme, daß sich in der SJ und um sie herum der Grundkader des kommenden linken Flügels der SP herausbilden wird. Entscheidender als das ist jedoch die Tatsache, daß die sich anbahnende neue Etappe des Klassenkampfes die oppositionellen Strömungen in der SP vertiefen und verbreitern wird. Es muß uns daher gelingen, in dieser objektiv günstigen Lage wirksam einzugreifen, um in der kommenden Etappe unser Programm in den fortgeschrittenen Teilen der österreichischen Arbeiterbewegung zu verwurzeln. Das kann jedoch nicht gelingen durch irgendwelche Einwirkung "von außen", sondern einzig und allein durch den organisierten Einsatz aller unserer Kräfte im Rahmen der SP.

15. Die gesamte Analyse zeigt, daß für die Lösung unserer strategischen Aufgabe als taktisch wirksamstes Mittel allein die Eintrittstaktik verbleibt. Unter den gegebenen Umständen kann uns nur das Einwirken auf die Arbeiterklasse durch die SP hindurch, die Sammlung der proletarischen Avantgarde im legalen Rahmen der SP-Organisationen unserem strategischen Ziel näherbringen. Der Eintritt in die SP bedeutet die äußerste Konzentration unserer Arbeit in der Basis der SP und die Überwindung der bisher darin herrschenden Zersplitterung. Er bedeutet das Aufgeben der Konzeption, welche unsere Gruppe durch eine unabhängige, vorwiegend propagandistische Tätigkeit weiter entwickeln will, und die Umorientierung auf eine Tätigkeit im unmittelbaren und lebendigen Kontakt mit dem Hauptteil der politisch organisierten Arbeiter. Der Eintritt in die SP wird uns ermöglichen, mitten im Kampfe und Seite an Seite mit den Arbeitern der SP ein aktuelles Übergangsprogramm zu formulieren; dieses den Arbeitern an Hand ihrer eigenen, unmittelbar erlebten Erfahrung ununterbrochen zu erläutern; sie so für neue Klassenkämpfe zu rüsten und ihnen eine Brücke zu schlagen zum vollen Verständnis für das revolutionäre Programm, das allein imstande ist, sie den Weg ihrer Befreiung zu führen.

### III. Aktionsprogramm

16. Der erste, grundlegende und unmittelbar zu erfolgende Schritt ist der Einzelbeitritt zur SP, da ein offener kollektiver Beitritt unmöglich ist. Zu diesem Schritt sind alle Angehörigen der Organisation verpflichtet; über Ausnahmen entscheidet die Leitung. Letztere dürfen sich nur auf wenige, tatsächlich schwierig gelagerte und politisch begründete Fälle beschränken. Wer in der Stalinpartei organisiert ist, muß sich von dieser (nach Möglichkeit mit einer politischen Erklärung gegenüber seinen proletarischen Genossen) lösen. Alle derzeit noch nicht politisch organisierten Genossen müssen in kürzester Frist der SP beitreten. Wer der SP beitrifft oder bereits beigetreten ist, muß sich an der Arbeit in ihr (Betriebs- und Gewerkschaftsfraktion, Sektion, Jugend usw.) aktiv beteiligen. Die Übernahme von kleinen Funktionen ist anzustreben, da davon die Möglichkeit abhängt, an Konferenzen teilzunehmen. Unsere eigene Organisation bleibt dabei nach wie vor bestehen, bei der heutigen Lage vorerst geheim. Sie wird entsprechend den Erfordernissen unserer offenen Tätigkeit, der ihre konkreten Organisationsformen zu entsprechen haben, reorganisiert.

17. Unsere Genossen müssen es in der SP verstehen, wenn auch anfangs als Einzelne wirkend, am linken Flügel, der den Prozeß vorwärtsführt, mitzuarbeiten. Sie müssen <sup>sich</sup> in jeder Phase mit den besten und aktivsten der oppositionellen Elemente eng verbinden, ohne jedoch die Einwirkung auf die übrigen Arbeiter außer Acht zu lassen. Sie müssen es lernen, politisch führend zu wirken, ohne sich dabei von der Arbeiterbasis ihres Tätigkeitsbereiches zu isolieren. Das heißt also, daß sie ihr Auftreten auf das jeweilige Bewußtseinsniveau dieser Arbeiter und oppositionellen Kräfte abstimmen müssen. All' das erfordert eine sehr kluge Taktik und eigene Erfahrungen in der Fraktionsarbeit. Diese gesamte Tätigkeit muß daher ständig in unseren Zellen konkret beraten werden. Kein wichtiger Schritt darf ohne Einvernehmen mit der Zelle getan werden.

18. Das Übergangsprogramm der Vierten Internationale bildet die politische Grundlage dieser ganzen Aktion. Seine Losungen tauchen heute selbst im Munde der erzreformistischen Bürokraten auf. In solchen Fällen ist es unsere Aufgabe, sie beim Wort zu nehmen und für die Realisierung ihrer eigenen Forderungen einzutreten. Die Grundorientierung dieser gesamten Arbeit muß auf die Arbeiterbasis ausgerichtet sein. In den verschiedenen politischen Organisationen der SP werden wir uns auf die vorhandenen oppositionellen Strömungen und Gruppierungen konzentrieren, für ihre möglichste Ausweitung und für ihre Verknüpfung mit der Betriebsarbeiterschaft sorgen. Das erste Etappenziel unserer Tätigkeit in der SP ist die Schaffung einer breiten zentristischen Strömung, die alle vorhandenen Oppositionen zusammenfaßt, ihre Aktionseinheit herstellt und als weitere Basis für die unvermeidliche Differenzierung dient.

19. Für die oppositionelle Arbeit in der SP, wie wir sie skizziert haben, werden wir im Betrieb wie in der Gewerkschaft Boden zu gewinnen trachten. Es muß schließlich gelingen, über Betrieb und Gewerkschaft den oppositionellen Kampf in alle Teile der SP hineinzutragen. Im Zentrum der gesamten Arbeit bleibt aber die politische Organisation, von der allein aus sich die weiteren entscheidenden Schritte ergeben werden. Unsere Einwirkung auf außerhalb der SP stehende revolutionäre Kräfte wird sich nur auf die allernotwendigsten Schritte beschränken. Wenn sie das Anwachsen einer oppositionellen Strömung in der SP sehen, die sich sowohl gegen den Reformismus als auch gegen den Stalinismus wendet, eine Strömung, die gleichzeitig nicht bloß von einer verschwindenden Minderheit der Klasse getragen ist, sondern zu einer tatsächlich wirksamen Kraft anwächst - werden auch jene revolutionär gestimmten Elemente beeindruckt und aufgemuntert, die sich sowohl von der SP wie Stalinpartei enttäuscht zurückgezogen haben. Gerade solche Elemente werden unser Wirken in der SP, wenn unsere Arbeit tatsächliche Erfolge aufweisen wird, verstehen und sich uns anschließen.

20. In der ersten Etappe werden wir unsere Anstrengungen dahin ausrichten, in die wichtigsten offiziellen Blätter der SP, auch in die internen, literarisch-kritisch einzudringen. Diese Arbeit soll als Vorberäitungs- und Ergänzungsarbeit für ein eigenes Organ der SP-Opposition, das so bald wie möglich geschaffen werden muß. Seine Aufgabe wird sein, die politische Linie der Arbeit laufend anzuzeigen und das Programm der Opposition zu formulieren und zu erläutern. Die offene Herausgabe eines Oppositionsblattes würde heute noch auf entscheidende Repressalien seitens der Parteibürokratie stoßen (Ausschlüsse einzelner Oppositioneller). Doch mit der Schaffung eines genügend dichten und festen Netzes oppositioneller Ge-

nossen und mit der fortschreitenden Aktivierung und Differenzierung der Massenbasis der SP muß das offene Organ der Opposition geschaffen werden.

21. Als revolutionäre Organisation müssen wir uns ein eigenes theoretisches Organ schaffen, da es ein solches in deutscher Sprache noch nicht gibt. In dieser Aufgabe ist eine Zusammenarbeit mit den deutschen Genossen und mit dem IS anzustreben. Der "Spartakist" kann diese Aufgabe nicht erfüllen, da er immer mehr im Sektierertum versinkt. Das neue theoretische Organ soll nach Möglichkeit mit einer ausländischen Kontaktadresse versehen werden und etwa viermal jährlich erscheinen. Seine Verbreitung soll sich keineswegs auf den Rahmen unserer eigenen Organisation beschränken, sondern in alle außerhalb ihrer Grenzen liegende fruchtbare Gebiete gelenkt werden. Die Herausgabe dieser Schrift soll nach dem vollzogenen Eintritt in die SP und nach der durchgeführten Organisierung der Arbeit in ihr in Angriff genommen werden. Zu diesem Organ sollen später, im geeigneten Moment, sonstige Veröffentlichungen revolutionären Charakters treten.

22. Um unsere programmatische Festigkeit zu verstärken, unsere Mitglieder in den Fragen des Programms, der revolutionären Politik und auch der aktuellen Aufgaben zu schulen, ist die Einrichtung einer möglichst zentralen Kaderschulung ehestens zu verwirklichen. Diese Schulung soll sich befleißigen, unseren Mitgliedern keine abstrakten Formeln einzupauken, sondern das revolutionäre Programm in engster Verbindung mit unserer Praxis und mit dem laufenden Klassenkampf zu vermitteln. Auf diese Weise sichern wir unseren Kader, so werden wir ihn laufend stärken. Welche Formen unsere eigene Schulung in späteren Etappen haben wird, wird von Fall zu Fall bestimmt werden müssen.

23. Die hier skizzierten, mit dem Eintritt in die SP verknüpften Aufgaben werden sich am ehesten realisieren lassen, wenn die gesamte österreichische Sektion der Vierten Internationale sie mit dem vollen Bewußtsein, daß unter den gegebenen historischen Bedingungen dies der einzige erfolgversprechende Weg zur Vorbereitung und Schaffung der revolutionären Partei ist, in Angriff nimmt. Dies heißt, daß die bisher unabhängig und illegal wirkende Organisation erklärt, sich im formellen und legalen Rahmen der SP für eine revolutionäre Politik einzusetzen. Erst dieser "Verzicht" auf die formelle organisatorische Unabhängigkeit beseitigt jenen Organisationsfetischismus, der es nicht versteht, die Organisation den Aufgaben des Programms unterzuordnen.

Wenn infolge der heute herrschenden Spaltung der österreichischen Sektion, herbeigeführt durch die unverantwortliche Politik der Leitung, eine andere Form des Eintritts nötig werden sollte, so werden sich die Modalitäten vereinfachen. Es wird dann allerdings kein totaler Eintritt mehr sein, wodurch schon von Anfang an ein schwerer Schaden für die weitere Arbeit entsteht. Dennoch behält diese Arbeit ihren Wert: sie wird immer noch fruchtbarer sein als die Tätigkeit des von der Klasse praktisch abgekapselten Parteikeimes.